



Eine gute Klima- und Energiepolitik – für nachhaltiges Wachstum, zukunftsfähige Investitionen und sichere Arbeitsplätze

Positionspapier der AG 5 „Internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie“



Das Bündnis Zukunft der Industrie unterstützt die Erreichung der nationalen und europäischen Energie- und Klimaziele. Dafür ist ein ausgewogener Instrumenten-Mix notwendig, der wirtschaftliche Entwicklung, Sozialverträglichkeit und Klimaschutz zusammenbringt.

Eine wettbewerbsfähige und innovative Industrie ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Gelingen der Energiewende in Deutschland und Europa. Vor diesem Hintergrund ist insbesondere das von der EU-Kommission beschlossene industriepolitische Ziel von 20 Prozent industrieller Wertschöpfung bis zum Jahr 2020 zu berücksichtigen. Im Klartext gesprochen: Ohne starke Industrie keine erfolgreiche Energiewende!

Wenn Deutschland und Europa demonstrieren, dass die notwendigen Treibhausgasreduktionen und der Ausbau industrieller Wertschöpfung gemeinsam erreicht werden, wird auch der Rest der Welt dazu bewegt werden können, das Paris-Abkommen ebenso ambitioniert wie die EU umzusetzen. Auch wenn Paris ein Durchbruch der internationalen Klimaverhandlungen war, wird es dennoch bei national höchst unterschiedlich ambitionierten Klimazielen bleiben. Effektiver Carbon- und Investitions-Leakage-Schutz insbesondere für die energieintensive Industrie müssen deshalb auch nach Paris weiterhin umfassend gewährleistet sein.

Die deutsche Industrie ist mit ihren Technologien und Systemlösungen weltweit „enabler“, um die in Paris vereinbarte langfristige Treibhausgasneutralität zu erreichen: sei es im Maschinen- und Anlagenbau oder der Elektroindustrie als Wegbereiter einer Effizienzrevolution in der globalen Wirtschaft oder bei intelligenter Steuerungstechnik und Speichertechnologie für eine dezentraler ausgerichtete Energieversorgung auf der Basis von erneuerbaren Energien.

Auf der Industriekonferenz des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ am 18. Februar 2016 ist die Prognos-Studie zur „Lage und Zukunft der deutschen Industrie (Perspektive 2030)“ vorgestellt worden. Insbesondere in den Leitmärkten Energie- und Ressourceneffizienz, Mobilität und Logistik, Klimaschutz und Umwelt sowie Gesundheit hat die deutsche Industrie das Potenzial, eine Führungsrolle auf den Weltmärkten einzunehmen. Um dieses Potenzial zu stärken, sind gute Bedingungen am Produktionsstandort Deutschland ausschlaggebend, ebenso wie für die Weltmärkte angepasste Produkte und Zugang zu neuen Märkten.

Vor diesem Hintergrund ist eine vorausschauende Klima- und Energiepolitik von großer Bedeutung. Einerseits müssen die anstehenden technologischen Transformationsprozesse in den Sektoren Strom, Wärme und Mobilität zusammengebracht und andererseits rechtzeitig Zielkonflikte erkannt und bearbeitet werden.

Für ein ökonomisch und ökologisch erfolgreiches Gelingen der Ziele der Energiewende sind eine umfassende sowie effiziente und insbesondere auch eine sektorenübergreifende Nutzung von Strom vor allem aus erneuerbaren Energien erforderlich. Entscheidend wird es sein, u. a. möglichen Beschäftigungsrisiken vorzubeugen und den notwendigen Strukturwandel sozial zu gestalten. Im Zuge der Energiewende wird in Deutschland in eine Infrastruktur investiert, die die Basis des weiteren industriellen Erfolgs werden soll.

Energie- und klimapolitische Empfehlungen für 2016:

Energiewende ganzheitlich betrachten

Grundsätzlich muss die Bundesregierung insbesondere aufgrund der aktuell zahlreichen Maßnahmen und Novellierungen auf nationaler und europäischer Ebene darauf achten, dass alle Einzelmaßnahmen aus Klima-, Erneuerbare-Energien- und sonstige den Energiekomplex beeinflussenden Gesetzesvorhaben möglichst optimal aufeinander abgestimmt sind. Einseitige Standortbelastungen wie auch Zielkonflikte sollten reduziert und Wettbewerbsverzerrungen abgebaut werden.

Zu einer ganzheitlichen Betrachtung der Energiewende gehört auch, die Kopplung des Stromsektors mit dem Wärme- und Verkehrssektor stärker zu berücksichtigen. Sektorkopplung ist ein wichtiger Baustein der Energiewende. Hier sind konkretere Maßnahmen erforderlich. Zentrales Hindernis der Sektorkopplung sind die ungleiche Belastung der Energieträger sowie der hohe Anteil fixer Umlagen, Abgaben und Steuern am Strompreis. Hierdurch wird der

Energieträger Strom in den Sektoren Wärme und Mobilität massiv in der Marktdurchdringung behindert. Das System von Steuern, Umlagen und Befreiungen sollte daher durch einen sachgerechten Regulierungsmix angepasst werden.

Klimaschutz und Industrie gleichwertig behandeln

Die Industrie unterstützt ausdrücklich das Ziel der Bundesregierung, „engagierten Klimaschutz zum Fortschrittsmotor zu entwickeln und dabei Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken“. Genau wie von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel gefordert, sollten das Klimaziel (Emissionsreduktion um 40 Prozent bis 2020) und das Industrieziel (den Industrieanteil in Europa bis 2020 auf 20 Prozent zu erhöhen) den gleichen Stellenwert bei der Gestaltung des Transformationsprozesses erhalten. Das gilt ebenso für den Zeitraum über 2020 hinaus.

Klimaschutzplan muss sozial- und wirtschaftsverträgliche Wege aufzeigen

Die Bundesregierung erarbeitet derzeit einen „Klimaschutzplan 2050“. Der Klimaschutzplan 2050 soll eine längerfristige Orientierung in der Energie- und Klimapolitik geben und aufzeigen, mit welchen Maßnahmen die Ziele bis 2050 erreicht werden könnten. Aus Sicht des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ ist es grundsätzlich sinnvoll, dass mit einer längerfristigen Rahmensetzung mehr Planungs- und Investitionssicherheit geschaffen wird. Dabei ist es erforderlich, dass sozial- und wirtschaftsverträgliche Wege beschrieben werden, die eine Einhaltung der nationalen und europäischen Klimaziele unter Beibehaltung unseres Wohlstandsniveaus ermöglichen. Um die dafür notwendigen technologischen Entwicklungen anzustoßen, müssen die Innovationskraft und die Investitionstätigkeit der deutschen Industrie gestärkt werden. Die technologische Machbarkeit, der Nutzen, die Kosten und die Klimaeffekte müssen dazu fundiert analysiert werden.

Vor dem Hintergrund des bisher unzureichend durchgeführten Dialogprozesses ist es absolut notwendig, dass vorgeschlagene Maßnahmen auf Konsistenz zum europäischen Regulierungsrahmen hin überprüft und kosteneffizient ausgestaltet werden. Verzerrungen und negative Wechselwirkungen müssen vermieden werden, um die Kosten der Transformation möglichst zu begrenzen. Dies gilt insbesondere für die vom ETS bereits adressierten Sektoren.

Reform des Emissionshandelssystems der EU wettbewerbsorientiert und zukunftsfähig ausrichten

Das geeignete Instrument, um Emissionen möglich kostengünstig zu reduzieren, ist der Emissionshandel. Bislang gilt dieser nur in Europa, doch der Teilnehmerkreis ließe sich erweitern. Je globaler und breiter der Emissionshandel gestaltet wird, desto effizienter und hinsichtlich Wettbewerb fairer lässt sich das Klima schützen.

Die Klimapolitik der EU wird ab 2021 ein höheres Ziel für die Rückführung der jährlichen Emissionen von Treibhausgasen für die Sektoren des Emissionshandels verfolgen (2,2 Prozent p. a. statt 1,74 Prozent bisher). Bei der Ausgestaltung der 4. Handelsperiode im Emissionshandel muss die richtige Balance zwischen einer Vermeidung der Abwanderung von Emissionen und Arbeitsplätzen und dem Setzen wichtiger Innovationsanreize in klimaeffiziente Technologien gefunden werden. Insbesondere für die energieintensiven Industrien sind die künftigen Regeln entscheidend. Kontinuierliche pauschale Abschläge auf bestehende Benchmarks schaffen in den Sektoren mit hohen Anteilen prozessbedingter Emissionen oder Wärmebedarf zusätzliche Kosten, die nicht durch technische Verbesserungen vermieden werden können.

Die effizientesten Anlagen dürfen zudem nicht zusätzlich durch Abschläge bei der Zuteilung im Falle einer Anwendung eines sektorübergreifenden Korrekturfaktors belastet werden. Die festzulegenden Benchmarks müssen wirtschaftlich und technisch erreichbar sein. Erforderlich ist auch eine Kompensationsregelung für emissionshandelsbedingte Strompreissteigerungen. An vielen Stellen im Kommissions-Vorschlag werden wichtige konkretisierende Regelungen in Verordnungsermächtigungen („delegated acts“) verschoben. Dies führt zu großer Unsicherheit für die Betreiber der ETS-pflichtigen Anlagen. Eine baldige Rechtssicherheit über die tatsächlichen Vorgaben ist vordringlich.

Alternative Antriebe für nachhaltige Mobilität in Europa stärken

Für die Zukunft der Automobilindustrie sind die CO₂-Regulierungen für Neuwagen (Pkw und Nutzfahrzeuge) besonders wichtig. Anspruchsvolle künftige Flottenzielwerte bei Neuwagen können alleine mit der Verbesserung der Energieeffizienz von Verbrennungsmotoren nicht mehr erreicht werden. Die Integration alternativer Antriebe, insbesondere von Fahrzeugen mit elektrifiziertem Antriebsstrang (Batterie- wie Brennstoffzell-getrieben), in die Serienproduktion sowie ihre Weiterentwicklung sind eine technische und ökonomische Herausforderung für die Automobilindustrie. Hierzu bedarf es europaweit einer aktiven, nachfrageorientierten Politik, um die neue Technologie zu unterstützen, zum Beispiel bei der Ladeinfrastruktur.

Darüber hinaus müssen wir die Technologien im Bereich der Elektromobilität am Standort Europa stärken. Wir brauchen eine global wettbewerbsfähige Batteriezellfertigung in Europa und müssen die Forschungs- und Entwicklungsarbeit bei den Batterie- und Speichertechnologien in Europa voranbringen.

Auch bei der Umstellung auf alternative Antriebe bzw. Energieträger stellt der Verbrennungsmotor, zum Beispiel durch den Einsatz von eFuels/Power-to-X, eine unverzichtbare Option dar. Darüber hinaus leistet der Dieselantrieb weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der CO₂-Ziele.

Zur Reduktion der absoluten CO₂-Emissionen im Straßenverkehr ist es schlussendlich wichtig, den Fokus der Regulierung insgesamt zu justieren. Eine effektive Reduktion der absoluten CO₂-Emissionen darf nicht nur angebotsseitig bei den Neuwagen allein ansetzen, sondern muss wesentlich breiter aufgestellt sein. Insofern ist die Dekarbonisierung der Energieträger (Strom, Kraftstoffe) unverzichtbarer Bestandteil einer dekarbonisierten Mobilität auch im gesamten Fahrzeugbestand.

Verlässlichen Ausbaukorridor für erneuerbare Energien erhalten und gleichzeitig Kosten für Verbraucher begrenzen

Die 2014 festgelegten technologiespezifischen Ausbaukorridore bei den erneuerbaren Energien müssen weiter bestehen bleiben, damit ein ausreichend dynamischer Ausbau ermöglicht wird – aus Gründen von Planungssicherheit für die investierende Industrie. Die technologische Entwicklung in den letzten Jahren und Skaleneffekte industrieller Produktion haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Kosten der erneuerbaren Energien stark gesunken sind. Mit der Einführung von Ausschreibungen im EEG 2016 sollen eine bessere Steuerung des Ausbaus und die Einhaltung der Ausbaukorridore sichergestellt werden. Dadurch soll die Kosteneffizienz weiter verbessert werden.

Die Energiekosten – insbesondere für Elektrizität – sind in Deutschland im internationalen Vergleich bereits auf einem sehr hohen Niveau. Mit der Reform des EEG 2014 konnte der weitere Anstieg der EEG-Umlage gebremst werden.

Die Kosten der EEG-Umlage wurden 2015 zu je einem Drittel von privaten Haushalten, vom GHD-Sektor und von der Industrie getragen. Insbesondere für die energieintensive Industrie ist es von großer Bedeutung, dass Zusagen für eine Begrenzung der EEG-Umlagekosten langfristig und zuverlässig aufrechterhalten werden. Die für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende notwendigen Investitionen können deshalb nur in dem Maße über den Strompreis abgewälzt werden, wie die Bezahlbarkeit gewahrt bleibt. Dabei ist insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie im internationalen Vergleich zu berücksichtigen. Einer schleichenden Abwanderung von Investitionen insbesondere der energieintensiven Industrien primär oder allein aufgrund von Energiepreisen muss entgegengewirkt werden.

Auf der anderen Seite sind zur Aufrechterhaltung der hohen Versorgungsqualität und -zuverlässigkeit in Deutschland Investitionen in die Stromnetze notwendig. Sie sind durch die Energiewende stark beansprucht und müssen effizient modernisiert werden.

Kosten der Energiewende anders verteilen

Die Bezahlbarkeit von Strom und anderen Energieträgern ist Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und soziale Teilhabe. Vor diesem Hintergrund besteht bei der Umsetzung der Energiewende eine besondere Verantwortung der Politik für Rahmenbedingungen in der Energie- und Klimapolitik, die Bezahlbarkeit und faire Kostenverteilung gewährleisten. Die Politik ist hier gefordert, zügig tragfähige Vorschläge vorzulegen, die alle Kostenbestandteile (z. B. EEG-Umlage und Stromsteuer) berücksichtigen sollten.

Entlastung von der EEG-Umlage für Eigenstrom langfristig sichern

Grundsätzlich sollte der Eigenverbrauch von Strom nach Möglichkeit systemdienlich und für Energiedienstleister diskriminierungsfrei ausgestaltet werden. Denn die industrielle Eigenstromerzeugung trägt zur Ressourcenschonung und zum Klimaschutz bei und ermöglicht den Unternehmen in Verbindung mit Prozesswärmebereitstellung eine wettbewerbsfähige und sichere Stromversorgung. Zudem können durch Eigenerzeugung mögliche regionale Engpässe in der Stromversorgung in begrenztem Umfang ausgeglichen werden. Darüber hinaus trägt die historisch gewachsene dezentrale industrielle Stromerzeugung dazu bei, die Anbietervielfalt im Wettbewerb zu stärken. Gerade unter den Herausforderungen der Energiewende müssen bestehende Kraftwerke mit gesicherter Leistung für industrielle Prozesse erhalten bleiben.

Dieses Erfolgsmodell wird jedoch durch die drohende Belastung von bestehenden Eigenstromversorgungen mit der EEG-Umlage gefährdet. Bereits heute hat die Belastung von neuen Eigenstromanlagen zu einem Stopp vieler Investitionen in die gekoppelte Erzeugung von Strom und Wärme sowie die Nutzung von in Industrieprozessen anfallenden Kuppelgasen, Reststoffen, und -energien bei der Stromerzeugung geführt.

Sollte auch Strom aus Bestandsanlagen mit der EEG-Umlage belastet werden, drohen ggf. sogar Abschaltungen von bestehenden Anlagen mit negativen Auswirkungen für die unmittelbare Energieversorgung industrieller Prozesse, generell für das Klima und die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Industriestandorten. Für Betriebe bestimmter Sektoren würde die Belastung damit eine existentielle Bedrohung mit entsprechenden Arbeitsplatzverlusten darstellen.

Der Bestandsschutz muss daher über das Jahr 2017 hinaus vollständig erhalten bleiben. Damit wäre auch dem bereits im Koalitionsvertrag verankerten Vertrauensschutz Rechnung getragen. Für Neuanlagen sollte der Regulierungsrahmen so ausfallen, dass dadurch keine Investitionshemmnisse für Neuanlagen in der Industrie entstehen.

Netzausbau verursachungsgerecht finanzieren

Die Finanzierung der Netzinfrastruktur über Netznutzungsentgelte mit einem hohen Arbeitspreis-Anteil wird perspektivisch an ihre Grenzen stoßen. Werden immer weniger Kilowattstunden aus dem Netz bezogen, z. B. durch erhöhte Energieeffizienz und Eigenverbrauch von Prosumern, steigen die Netzentgelte für alle anderen Letztverbraucher an.

Die weniger über die elektrische Arbeit definierten, als vielmehr stark fixkostenbasierten Netze müssen daher über eine stärkere leistungsorientierte Komponente bei den Netzentgelten refinanziert werden, damit sich alle Letztverbraucher an einer fairen Finanzierung der Infrastruktur beteiligen.

Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ fordert daher, einen bundesweiten Mechanismus zum Ausgleich der unterschiedlichen Netzentgelte zu prüfen, um Standortnachteile für die ansässigen Unternehmen und Verbraucher aufgrund höherer Netzentgelte zu verringern.

Vorfahrt für Energieeffizienz-Investitionen

Die Steigerung der Energieeffizienz ist ein zentraler Baustein einer erfolgreichen Energie- und Klimapolitik. Energieeffizienz muss als eine zentrale Säule der Energiewende gestärkt werden. Entlang der gesamten energiewirtschaftlichen Wertschöpfungsstruktur (Energieerzeugung, -verteilung und -verbrauch) lassen sich teilweise noch erhebliche Einsparpotenziale erzielen. Energieeffiziente Produktionsabläufe, Produkte und daraus abgeleitete Dienstleistungen sorgen für mehr Wettbewerbsfähigkeit, neue Marktchancen und die Modernisierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Die Digitalisierung spielt für die Optimierung von Produktionsabläufen eine wichtige Rolle. Eine stärkere Verzahnung von Digitalisierung und Energieeffizienz kann deren gegenseitige Treiberwirkung, vor allem über Industrie 4.0, optimieren. Dadurch kann ein wichtiger Beitrag zur Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen geleistet werden – aber vor allem auch zur Bewältigung des Strukturwandels bzw. des Systemwechsels sowie zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Um die Energieeffizienz in Unternehmen zu verbessern, können vielerorts Beschäftigte als Experten an ihrem Arbeitsplatz praxisnahe Vorschläge machen.

Damit diese positiven Effekte der Energieeffizienzsteigerung stärker zum Tragen kommen können, bedarf es einer entsprechenden, investitionsfreundlichen Rahmensetzung seitens der Politik. Allgemein attraktive Standortbedingungen sind dafür essentiell. So sollten bestehende Förderprogramme verlässlich ausgestaltet und regulatorische Hürden abgebaut werden. Die Initiative Energieeffizienz-Netzwerke wird ausdrücklich begrüßt und kann beim Austausch von Best-Practice-Beispielen helfen.